



Vorlage

Datum: 02.02.2007
Vorlage FB I/456/2007

TOP	Betreff Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007
Beschlussentwurf: Der Haut- und Finanzausschuss empfiehlt / der Rat beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 in der Fassung des Entwurfs einschließlich der in dieser Sitzung beschlossenen Veränderungen.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	22.02.2007	öffentlich
Rat	05.03.2007	öffentlich

Sachverhalt:

Auf den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird verwiesen.

Die Bekanntmachung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 hing vom 19.12.2006 bis zum 11.01.2006 an der Bekanntmachungstafel am Wilhelmplatz aus.

Von der Möglichkeit in der gesetzlich vorgesehenen Frist Einwendungen gegen Entwurf zu erheben wurde kein Gebrauch gemacht.

Zur Haushaltssatzung grundsätzlich ist folgendes anzumerken:

Der in § 5 genannte Höchstbetrag der **Kredite**, die zur **Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen, wurde gegenüber 2006 um 3.000.000 € auf **18.000.000 €** erhöht. Zur Abdeckung der aufgelaufenen Fehlbeträge aus Vorjahren sowie der für 2006 und 2007 prognostizierten Unterdeckungen ist diese Erhöhung erforderlich.

Die in § 6 ausgewiesenen **Realsteuerhebesätze** entsprechen den Festlegungen der vom Rat in seiner Sitzung am 15.12.2006 beschlossenen Hebesatzsatzung.

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf haben sich folgende Veränderungen ergeben:

1. Bei der Produktgruppe **1.11.13 „Grundstücks- und Gebäudemanagement“** wurden die „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ um **jährlich 500 € erhöht**. Im Zusammenhang mit der Veräußerung von Gebäuden o.ä. ist es erforderlich, Zeitungsanzeigen aufzugeben. Die hierfür erforderlichen Mittel waren bisher nicht eingeplant.
2. Im Finanzplan der Produktgruppe **1.11.18 „Bauhof“** wurden für die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter im Jahr 2007 **2.500 €** eingeplant. Die vorhandenen Absperrbaken und Absperrgitter dürfen nicht mehr verwendet werden, da diese nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.
Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr ihrer Anschaffung bis auf einen Erinnerungswert von 1 € abgeschrieben und belasten somit den **Ergebnisplan**. Dies wird deutlich durch die Erhöhung der **bilanziellen Abschreibung um 2.499 €**.
3. Im Produktgruppenbereich **3115 – Grundsicherungsleistungen** - ergibt sich für **2007** ein erhöhter Aufwand i.H.v. **29.200 €** durch die Einplanung von **Personalkosten** für die Beschäftigung des Anleiters der 1 € Kräfte. Für das Jahr **2008** beläuft sich der Aufwand auf **7.300 €**.
Die Kosten für das befristete Arbeitsverhältnis werden zum einen durch einen entsprechenden Lohnkostenzuschuss der Bundesagentur für Arbeit, zum anderen durch den Zuschuss für den Einsatz der 1 € Kräfte gedeckt.
4. Die Aufarbeitung der **Sturmschäden** vom 19.01.2007 auf dem Friedhof, dem Stadtpark und dem sonstigen Stadtgebiet sind sehr umfangreich und erfordern den Einsatz von Spezialwerkzeugen, so dass die Mitarbeiter des Bauhofes diese Arbeiten nicht ohne zusätzliche externe Unterstützung leisten können.
Zur Deckung dieses unvorhersehbaren Aufwandes werden in **2007** die „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ in der Produktgruppe **1.55.01 „Öffentliches Grün“** um **20.000 €** und in der Produktgruppe **1.55.06 „Friedhöfe“** um **10.000 €** erhöht.
5. Auf Seite 43 des Vorberichtes zum Haushaltsplan 2007 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die im Haushaltsentwurf veranschlagten Beträge für die Kreisumlage auf der Annahme basieren, dass durch die Aufstockung der Bundesmittel für die Kosten der Unterkunft der Arbeitslosengeld-II-Bezieher die kreisfreien Städte und Kreise mindestens den so genannten Mehrkostenausgleich erhalten. Nach derzeitiger Beschluss- und Erkenntnislage wird es den Mehrkostenausgleich in der erhofften Form nicht geben. Dies hat zu Folge, dass nunmehr die vom Kreis in seinem Haushaltsentwurf angewandten Kreisumlagehebesätze angesetzt werden müssen.
Danach ergeben sich in der Produktgruppe **1.61.01 „Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen“** nachstehende Kreisumlagebelastungen, die in der Zeile Transferaufwendungen zu entsprechenden Veränderungen führen werden.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
537210 Kreisumlage bisher	9.359.000,00	9.607.000,00	9.894.000,00	10.087.000,00
537210 Kreisumlage neu	9.678.000,00	9.933.000,00	10.226.000,00	10.418.000,00
Veränderung	319.000,00	326.000,00	332.000,00	331.000,00

Im Planungszeitraum 2007 bis 2010 bedeutet dies eine Verschlechterung von insgesamt 1.308.000 €.

6. Aufgrund der unter Punkt 4 eingeplanten geringwertigen Wirtschaftsgüter erhöht sich der in § 2 der Haushaltssatzung vorgesehene **Gesamtbetrag der Kredite** für Investitionen um 2.500 € auf **820.380 €**.

Aufgrund der vorstehenden Veränderungen erhöht sich das **Defizit** im **Ergebnisplan** um 381.199 € auf **4.762.667 €**. Der **Finanzplan** schließt bei den **liquiden Mitteln** mit einer **Unterdeckung** von **4.651.357 €** (+ 378.700 €) ab.

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A.

Bernd Müller